Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.02.2021 **Drucksache** 18/**13823**

Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron** und **Fraktion (AfD)**

Sub auspiciis sinistrae – Wissenschaftsfreiheit für alle garantieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Rahmenbedingungen für die Wissenschaftsfreiheit im Freistaat zu verbessern und zwar engagierter und vehementer als dies bisher der Fall war.

Um dies auch Erfolg versprechend umzusetzen, muss

1. allen Versuchen entgegengewirkt werden, die wissenschaftliche Arbeit von Hochschulangehörigen einzuschränken. Grenzen dieser Freiheit sind ausschließlich Verfassung und Gesetz.
2. sich die Staatsregierung dafür einsetzen, dass intellektuelle Freiheit und wissenschaftlicher Pluralismus in Forschungsfragen, Forschungsansätzen und Forschungsmethoden als selbstverständlich gelten und dass die argumentative Auseinandersetzung mit anderen Ansätzen und Perspektiven stattfindet, auch und gerade, wenn sie inhaltlich nicht geteilt werden.
3. wieder eine Debattenkultur gefördert werden, in der alle Wissenschaftler sowie Studenten ihre Erkenntnisinteressen frei von Sorgen vor moralischer Diskreditierung, sozialer Ausgrenzung oder beruflicher Benachteiligung verfolgen und ihre Argumente in Debatten einbringen können. Debatten müssen von gegenseitigem Respekt geprägt sein und Ad-hominem-Argumente unterbleiben.

Begründung:

Es ist in jüngster Zeit immer augenscheinlicher, dass die verfassungsrechtlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre zunehmend unter moralischen und politischen Vorbehalt gestellt werden soll.

Vermehrt werden Versuche festgestellt, der Freiheit von Forschung und Lehre wissenschaftsfremde Grenzen schon im Vorfeld der Schranken des geltenden Rechts zu setzen. Einzelne beanspruchen vor dem Hintergrund ihrer Weltanschauung und ihrer politischen Ziele festlegen zu können, welche Fragestellungen, Themen und Argumente verwerflich sind. Damit wird der Versuch unternommen, Forschung und Lehre weltanschaulich zu normieren und politisch zu instrumentalisieren. Auf diese Weise wird ein Konformitätsdruck erzeugt, der immer häufiger dazu führt, wissenschaftliche Debatten im Keim zu ersticken.

Hochschulangehörige werden erheblichem Druck ausgesetzt, sich bei der Wahrnehmung ihrer Forschungs- und Lehrfreiheit moralischen, politischen und ideologischen Beschränkungen und Vorgaben zu unterwerfen: Sowohl Hochschulangehörige als auch externe Aktivisten skandalisieren die Einladung missliebiger Gastredner, um Druck auf die einladenden Kolleginnen und Kollegen sowie die Leitungsebenen auszuüben. Zudem wird versucht, Forschungsprojekte, die mit den weltanschaulichen Vorstellungen nicht konform gehen, zu verhindern und die Publikation entsprechend unerwünschter

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Ergebnisse zu unterbinden. Von besonderer Bedeutung sind dabei die mittelbaren Wirkungen dieser Druckmaßnahmen: Sie senden das Signal, dass man auf den „umstrittenen“ Gebrauch seiner Forschungs- und Lehrfreiheit künftig besser verzichte. Die Etikettierung als „umstritten“ stellt dabei den ersten Schritt der Ausgrenzung dar.

Daraus erwächst ein Umfeld, das dazu führt, dass Hochschulangehörige ihre Forschungs- und Lehrfreiheit selbst beschränken, weil sie antizipieren, mit Äußerungen, Themenstellungen oder Veranstaltungen als Person diskreditiert zu werden. Solche präventiven Einschränkungen erfolgen vor allem dann, wenn die Betroffenen die Erfahrung gemacht haben, dass denjenigen, die ins Visier des ideologischen Aktivismus geraten, wegen des Risikos, selbst zur Zielscheibe zu werden, niemand beispringt.

Wenn Mitglieder der Wissenschaftsgemeinschaft aus Furcht vor den sozialen und beruflichen Kosten Forschungsfragen meiden oder sich Debatten entziehen, erodieren die Voraussetzungen von freier Wissenschaft. Eine solche Entwicklung wirkt sich negativ auf die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und damit auf den Wissenschaftsstandort Deutschland und seine internationale Reputation aus.

Im Netzwerk Wissenschaftsfreiheit[1] haben sich mit Stand vom 12.02.2021 über 100 Professoren aus ganz Deutschland, darunter auch zahlreiche aus Bayern, zusammengeschlossen, um in einem Manifest die oben beschriebene Entwicklung an den Hochschulen darzustellen und Gegenpositionen einzunehmen.

Auch in der derzeitigen Corona-Pandemie zeigen sich schockierende Beeinflussungsversuche der Politik auf die Wissenschaft.[2]

Die Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut unseres Landes und darf nicht auf dem Altar der Political Correctness und der Cancel Culture geopfert werden.

---

[1] https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de (Letzter Zugriff am 22.02.201).

[2] Vgl. etwa https://www.welt.de/politik/deutschland/article225991449/Corona-Papier-Opposition-fordert-Aufklaerung.html?cid=onsite.onsitesearch oder https://www.nord-bayern.de/region/von-soder-geschasster-corona-berater-wir-konnten-schon-offnen-1.10844303?searched=true (Letzter Zugriff am 16.02.2021)